BGH-Leitsatz-Entscheidungen

1. GG: Verletzung rechtlichen Gehörs bei Substantiierungspflicht

Beschluss vom 11.02.2025, Az: VI ZR 185/24

2. BGB, EGBGB: Zusatz "ggf." in Widerrufsinformation

Urteil vom 11.02.2025, Az: XI ZR 146/22

3. BGB: Übernahme von Umsatzsteuer in gewerblichem Mietverhältnis

Urteil vom 15.01.2025, Az: XII ZR 29/24

Urteile und Beschlüsse:

1. GG: Verletzung rechtlichen Gehörs bei Substantiierungspflicht

Beschluss vom 11.02.2025, Az: VI ZR 185/24

Der Anspruch auf Gewährung rechtlichen Gehörs ist verletzt, wenn offenkundig unrichtig überhöhte Anforderungen an die Substantiierungspflicht zum Krankheitswert psychischer Beeinträchtigungen gestellt werden.

2. BGB, EGBGB: Zusatz "ggf." in Widerrufsinformation

Urteil vom 11.02.2025, Az: XI ZR 146/22

Zum Zusatz "ggf." in einer Widerrufsinformation eines Allgemein-Verbraucherdarlehensvertrags (Bestätigung von Senatsbeschluss vom 21. Januar 2025 - XI ZR 560/20, juris).

3. BGB: Übernahme von Umsatzsteuer in gewerblichem Mietverhältnis

Urteil vom 15.01.2025, Az: XII ZR 29/24

- a) Haben die Parteien eines gewerblichen Mietverhältnisses vereinbart, dass der Mieter die Umsatzsteuer auf Miete und Nebenkosten übernimmt, wenn eine solche anfällt, kann der Vermieter die zusätzliche Zahlung des Umsatzsteuerbetrags nur dann vom Mieter verlangen, wenn er selbst tatsächlich umsatzsteuerpflichtig ist (im Anschluss an Senatsurteil vom 30. September 2020 XII ZR 6/20 NZM 2021, 96).
- b) Der Vermieter kann auf die Befreiung von der Umsatzsteuerpflicht nach § 4 Nr. 12 lit. a UStG nur dann verzichten, wenn der Mieter Unternehmer ist und die Mieträume für unternehmerische Zwecke nutzt (im Anschluss an Senatsurteil vom 21. Januar 2009 XII ZR 79/07 NJW-RR 2009, 593).
- c) Legt der zum Vorsteuerabzug berechtigte Vermieter bei der Vermietung von Sondereigentum in einer Wohnungseigentumsanlage der Betriebskostenabrechnung umla-

g h f	efähige Kostenpositionen zugrunde, die in der vom Verwalter für die Wohnungsei- entümergemeinschaft erstellten Jahresabrechnung nach § 28 Abs. 2 Satz 2 WEG ent- alten sind, muss er diese nicht von den darin enthaltenen Umsatzsteueranteilen be- reien, wenn die Gemeinschaft der Wohnungseigentümer ihrerseits nicht auf die Steu- rbefreiung nach § 4 Nr. 13 UStG verzichtet hat.	